

Vor 80 Jahren: das Münchner Abkommen

ARNULF TOBIASCH

Einführung in das Thema und persönliche Beweggründe

Mit diesem Viermächte-Abkommen von 1938 habe ich mich seit meiner Schulzeit beschäftigt. Im Jahre 1953 besuchte ich die 10. Klasse der Lessing-Oberrealschule in Bremerhaven-Lehe, und wir Schüler mussten damals in verschiedenen Unterrichts-Fächern Referate übernehmen, so auch im Fach Geschichte. Aus einer Liste mit vorgegebenen Themen war jeweils eines auszusuchen. Da wir hier bis weit ins 20. Jahrhundert herangekommen waren, war auch das Thema „Münchner Abkommen“ darunter; und weil ich mich bereits damals dafür interessierte, wählte ich dieses aus.

Meine Vorbereitung wurde mir erleichtert, weil sich im Hause meines Onkels (eines Landarztes) in Dorum/Kreis Wesermünde, wo wir als Flüchtlinge wohnten, ein großer Bestand an (Sach-)Büchern aller Art befand. So hatte ich bereits zuvor etwa den Bildband „Hitler befreit Sudetenland“ (des ‚Reichsbildberichterstatters der NSDAP‘ Heinrich Hoffmann, mit einem Geleitwort von Konrad Henlein) und das „Jahrbuch des Deutschen Heeres 1939“ entdeckt, in dem Berichte (einschließlich Karten) über die militärische Besetzung des Sudetengebietes im Oktober 1938 enthalten waren. Anhand dieses Materials konnte ich mein Referat als einen Dia-Vortrag gestalten: es fand in einem Funktionsraum der Schule statt; die Fotos aus den beiden Büchern wurden (von einem Klassenkameraden, der am Episkop fungierte) auf eine Bildwand projiziert, und so konnte ich, frei sprechend, referieren. Das war meine erste intensive „Begegnung“ mit dieser Thematik.

Natürlich war ich damals überzeugt, alles Wesentliche über das historische Geschehen von 1938 ermittelt und präsentiert zu haben. Die zahlreichen Veröffentlichungen zu dem Thema sind ja auch erst in den Jahren und Jahrzehnten danach erschienen, deren Inhalt ich ja gar nicht kennen konnte. Als drei Jahre später dieses „Geschehen“ wieder im Unterrichtsprogramm der sog. Oberstufe der Schule stand (ich besuchte damals indessen ein Gymnasium in Crailsheim/Württemberg), wurde dieser Stoff allerdings nur ziemlich cursorisch „durchgenommen“. Erst zehn Jahre später hatte ich meine nächste Begegnung mit dieser Thematik: ich war nun Student an der Universität Bonn, und eines Tages prangte an einer der Litfaßsäulen im Foyer der Mensa das blutrote Plakat des ASST (= Arbeitskreis sudetendeutscher Studenten), das für den Besuch einer Veranstaltung über das Münchner Abkommen warb. Es war damals die Zeit der Bundesregierung von Ludwig Erhard, und der Außenminister hieß Gerhard Schröder (beide CDU).

Dieses Thema war damals im politischen Bonn gerade akut geworden, weil die Bundesregierung beabsichtigte, so wie zuvor schon mit mehreren Ostblock-Staaten, nun auch mit der CSSR diplomatische Beziehungen aufzunehmen; sie war dabei jedoch auf ein Hindernis gestoßen, nämlich das „Münchner Abkom-

men.“ Der Staatsrechtler Prof. Dr. Ingo von Münch hatte deswegen vom Auswärtigen Amt (AA) den Auftrag erhalten, zu diesem Themenbereich zu recherchieren, was er bereits im nahegelegenen Politischen Archiv des AA getan hatte, und war von Günter Reichert, dem damaligen Vorsitzenden der neu gegründeten Bonner ASST-Gruppe, dazu bewegt worden, über seine Erkenntnisse einen Workshop mit interessierten Studenten abzuhalten. Bei diesem, während des Wintersemesters stattfindenden Veranstaltungen konnten wir nun aus dem Munde eines sachkundigen Wissenschaftlers einiges wirklich Neues zu dieser Thematik erfahren.

Im Jahre darauf veranstaltete der ASST auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen ein interessantes Seminar zu diesem Themenkreis, bei dem Wissenschaftler aus mehreren Universitäten zu den verschiedenen Aspekten sachkundig referierten: damit erweiterte sich damals mein Horizont in dieser diffizilen Materie. Mittlerweile waren auch schon einige Publikationen dazu erschienen, die dann später ganze Bücherregale füllten. In den Jahren darauf, als ich im Berufsleben Fuß fassen musste, entstand, zeitlich betrachtet, eine größere Lücke hinsichtlich meiner Beschäftigung mit dieser Thematik; erst Jahrzehnte später bin ich wieder darauf zurückgekommen. Davon zeugt eine kleine Reihe von Darstellungen, die meist im „Literaturspiegel“ veröffentlicht worden sind¹.

Politische und militärische Entwicklungen im Jahre 1938

Das komplizierte Geschehen zwischen den verschiedenen Nationalitäten innerhalb der CSR, die eigentlich der Nationalstaat der Tschechen war, tatsächlich aber ein Nationalitätenstaat, in dem sie nur etwa die Hälfte der Bevölkerung stellten, was zu vielfältigen Problemen (u.a. der „Sudetenfrage“) führte, ist vielfach beschrieben worden, und soll nicht Gegenstand der folgenden Darstellung sein.

Das Entstehen der sog. „Sudetenfrage“ war indes eine Folge der beiden im Jahre 1919 geschlossenen „Frieden“ von St. Germain und Versailles. Bereits sehr früh ist erhebliche Kritik am Inhalt der Pariser Friedensverträge von 1919/20 aufgekommen², und zwar auch in den Siegerstaaten des Ersten

¹ Arnulf Tobiasch, „Bevölkerungsaustausch in Böhmen und Mähren 1938/39 (Teil 1)“, in: Literaturspiegel (=LS) Nr. 48: S. 77-108; ders., „Hultschiner Ländchen und die Hultschiner“, in: LS Nr. 49: S. 105-121; ders., „Bevölkerungsaustausch in Böhmen und Mähren 1938/39 (Teil II)“, in: LS Nr. 50: S. 71-108

² Darauf verweist Eckart Conze, „Die große Illusion - Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt“, München 2018, S. 476: Den Anfang machte der (Jahre später sehr einflussreich werdende) John Maynard Keynes mit „The economic consequences of the Peace Treaty“ (London 1919). Das Buch fand zunächst in Großbritannien große Beachtung. In dem Beitrag „Keynes, John Maynard“, in: „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“, Bd. 5, führt der britische Ökonom Roy Forkes Harrod zu diesem Titel an: „In der ersten Nachkriegszeit galt sein publizistisches Wirken hauptsächlich der weiteren Ausführung des Gedankens seiner „Economic Consequences“, als deren Fortsetzung er die „Revision of the Treaties“ erscheinen ließ. Auch andere prominente Politiker, die an

Weltkrieges (Versailles 1919 und die Neuordnung in Teil III)³. Auf dieser Basis hatte sich in England eine ziemlich kritische Sicht auf diese „Friedensverträge“ entwickelt, die in baldige Revision indessen nicht nur um rein ökonomische Fragen, sondern auch um die damals vorgenommenen Bestimmungen von Staatsgrenzen und die daraus resultierenden Probleme mit unzufriedenen nationalen Minderheiten ging.

Außerhalb der CSR wurde die „Sudetenfrage“ eigentlich erst durch das aufsehenerregende Ergebnis der sog. „Erdrutsch-Wahl“ von 1935 bekannt; insbesondere trifft dies auf Großbritannien zu. Es trat damals nämlich der seltene Fall ein, dass eine Partei einer nationalen Minderheit aus einer (nationalen) Wahl als stimmenstärkste hervorging. Und diese damals dort entstandene Aufmerksamkeit in einflussreichen politischen Kreisen Londons hielt über Jahre hindurch an.

Zu dem Viermächte-Abkommens vom 29. September 1938 wäre es dann wohl kaum gekommen, wenn dieses Interesse nicht Jahre zuvor in London angekommen wäre und das Denken vieler Politiker beschäftigt hätte. Ferner war dann von Bedeutung, dass im Frühjahr 1937 Neville Chamberlain das Amt des Premierministers übernahm, womit die sog. „Politik des Appeasements“ gegenüber dem Deutschen Reich einsetzte. Darüber erfährt man u. a. einiges von J. R. Butler⁴. Er war einer jener konservativen Politiker, die in der zweiten Reihe agierten, aber die britische Außenpolitik des neuen Premiers gegenüber dem Deutschen Reich beeinflussten. Diese neue Haltung führte alsbald zum Rücktritt des Außenministers Anthony Eden; sein Nachfolger im Amt war Lord Halifax⁵.

Einige Monate davor, im November 1937, erfolgte der Besuch des damaligen Lordsiegelbewahrers Lord Halifax in Deutschland. Er kam offiziell auf Einladung von Hermann Göring (in dessen Funktion als „Reichsjägermeister“) zum Besuch der „Großen deutschen Jagdausstellung“ (die über Monate in Berlin stattgefunden hatte und dann für den verspäteten Besucher aus London extra zeitlich verlängert wurde). Im Rahmen dieses Besuches kam es dann zu dem - vor der Öffentlichkeit streng geheim gehaltenen - „Ausflug“ des hohen Gastes zum Berghof (bei Berchtesgaden) und der bedeutsamen Unterredung mit Adolf Hitler. Das von AA-Chefdolmetscher Paul Schmidt gefertigte Protokoll derselben wurde dann - wohl gemerkt - zuerst im sowjetischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht⁶.

den Verhandlungen in Paris teilgenommen hatten, äußerten sich alsbald kritisch, wie etwa der frühere italienische Ministerpräsident Francesco Saverio Nitti in seinen (1923) erschienenen Erinnerungen, oder, einige Jahre später, der frühere britische Premier David Lloyd George, die als „Kriegserinnerungen“ betitelt waren.

³ etwa der britische Teilnehmer an den Verhandlungen, Harold Nicolson, vgl. ders., „Peacemaking 1919“, London 1933 (in dt. Ausgabe mit dem Titel „Die Friedensmacher“).

⁴ J. R. Butler, „Lord Lothian, Philip Kerr, 1882-1940“, London 1960

⁵ vgl. ebd. und Reiner Franke, London und Prag, „Materialien zum Problem eines multinationalen Nationalstaates 1919-1938“, München ²1982

Aus diesem Dokument geht eindeutig hervor, dass Premier Chamberlain, wenige Monate nach seinem Amtsantritt, auszuloten suchte, wie gewisse, damals anstehende und Deutschland betreffende politische Streitfragen (insbesondere Danzig, Österreich und das Sudetenproblem betreffend) auf dem Verhandlungswege einer Lösung zugeführt werden könnten. Bereits der Anschluss Österreichs (im März 1938) geschah dann jedoch nicht in der Weise, die sich Chamberlain wohl vorgestellt hatte. Dennoch verfolgte er danach, also im Laufe des Jahres 1938, die angepeilte politische Linie konsequent weiter. Hintergrund waren sicherlich auch die Gefahren, die infolge der bestehenden Bündnisse zwischen der CSR und verschiedenen Staaten, insbesondere jener mit Frankreich und der UdSSR drohten; die durchaus drohende Wiederholung der Entwicklung nach der sog. „Juli-Krise“ von 1914 hatte er sicher deutlich vor Augen⁷.

Am 20. Februar 1938, also etwa drei Monate nach dem Besuch von Lord Halifax, hielt Hitler eine Reichstagsrede: hierbei trug er gewissermaßen sein außenpolitisches Programm für die folgenden Monate⁸ vor; bedeutsam waren die folgenden Worte: „ ... Allein zwei der an unseren Grenzen liegenden Staaten umschließen eine Masse von über zehn Millionen Deutschen ... Sie sind gegen ihren eigenen Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Reiche verhindert ...“⁹ Nur knapp einen Monat darauf erfolgte bereits der „Anschluß“ Österreichs. Damit waren nun schon über sechs der von Hitler in dieser Rede erwähnten zehn Millionen Deutschen zum Deutschen Reich gekommen; es zeichnete sich bereits deutlich ab, wer der nächste „Kandidat“ für die revisionistische Außenpolitik Hitlers sein werde.

⁶ „Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges“, Bd. I, Moskau 1948

⁷ zum Inhalt des Vertrages Frankreichs mit der CSR sei verwiesen auf Peter C. Hartmann, „Ein Aspekt der französisch-tschechoslowakischen Beziehungen von 1919 bis 1938: Der Vertrag von 1924“, in: „Gleichgewicht - Revision - Restauration (Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Friedensverträge)“, Bosl, Karl Hrsg., München-Wien 1976; ebenso auf Jörg K. Hoensch, „Die Burg und das außenpolitische Kalkül“, in: „‘Die Burg‘ (Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Benes)“, Bd. 2, München-Wien 1974.

Gegen dieses Projekt, das wohlbemerkt auf Initiative Frankreichs zustande gekommen war, hatte der damalige CSR-Präsident, T. M. Masaryk, Einwände erhoben. In einem Bericht heißt es, „ ... der Präsident (hielt) einen solchen Vertrag mit Frankreich für unnütz“. Wohl unter seinem Einfluss wurde der Text dann derart „entschärft“, sodass er juristische Schlupflöcher enthielt, die man im Jahre 1938 nutzen konnte, um den Eintritt des Frankreich drohenden Bündnisfalles zu vermeiden.

⁸ Die politische Entwicklung im Laufe des Jahres 1938 in Europa ist in der materialreichen Darstellung von Helmuth K. G. Rönnefarth, „Die Sudetenkrise in der internationalen Politik (Entstehung Verlauf Auswirkung)“, 2 Teile, Wiesbaden 1961, in aller Ausführlichkeit geschildert, insbesondere in Teil 1, „Wochenendkrise und Gemeindewahlen“ (=Kapitel 5)

⁹ Ernst Nittner, „Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916-1967“, Nr. 95, München 1967

Die (militärische) Lage der CSR hatte sich durch den „Anschluß“ massiv verschlechtert, denn sie grenzte nunmehr (im Kernraum von Böhmen und Mähren) auch im Süden an das „Großdeutsche Reich“. Die Prager Regierung reagierte alsbald, auch angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen, mit einer Teil-Mobilisierung der Armee, die gleichzeitig die Verschärfung des Ausnahmezustands in dem überwiegend von Sudetendeutschen bewohnten Grenzgebiet zum Deutschen Reich zur Folge hatte. Diese Maßnahmen erreichten allerdings, schon hinsichtlich des Wahlergebnisses, gerade das Gegenteil des von Prag Gewollten, denn die Sudetendeutsche Partei (SdP) fuhr ein grandioses Wahlergebnis ein. Als noch gravierender sollten sich jedoch die Auswirkungen der - Tage danach ablaufenden - Kampagne der Prager Presse erweisen, die nämlich behauptete, dass nur infolge der entschlossenen Haltung der Prager Regierung der geplante Angriff deutscher Truppen gegen die CSR verhindert worden sei.

Als Reaktion auf diese unzutreffenden Behauptungen verschärfte Hitler Ende Mai den Text der Einleitung zu seiner Weisung für den sog. „Aufmarsch Grün“¹⁰: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen ...“; bereits hier wurde der Termin 1. Oktober des Jahres (1938) für eine militärische Aktion gegen die CSR genannt¹¹. Somit war die CSR nun in das Fadenkreuz des deutschen Diktators gerückt; erst ab diesem Zeitpunkt gibt es nachweislich deutscherseits eine konkrete Zielsetzung für das militärischen Vorgehen der Wehrmacht gegen die CSR und damit zur Eskalation der Entwicklung.

Die Runciman-Mission und der Weg zum Abkommen

Der erste gravierende Schritt des britischen Premiers Chamberlain zur friedlichen Lösung der sich verschärfenden Sudetenkrise war die Durchsetzung der sog. „Runciman-Mission“: Lord Runciman wurde (Anfang August) für mehrere Wochen als „Vermittler“ in die CSR entsandt, um dort auf beiden Seiten (der nationalen Fronten) zu eruieren, welche Probleme anstehen und wie es zu einer befriedigenden Lösung kommen könnte. Der Bericht wurde dann erst Mitte September vorgelegt¹². Wichtige Details dieses Plans sind allgemein kaum bekannt; er sah im Kern die folgenden Maßnahmen vor:

1. eine Gebietsabtretung der CSR an das Deutsche Reich, und zwar ohne Volksabstimmung, allerdings sollte diese Abtretung nur Gebietsteile mit mindestens 75% (bzw. 80%) deutscher Bevölkerungsmehrheit je (Gerichts-) Bezirk betreffen;
2. Gebietsteile mit mindestens 50% (bis zu der deutschen Mehrheit lt. Pkt. 1) sollten Territorial-Autonomie erhalten;
3. Gebietsteile mit einem deutschen Bevölkerungsanteil von unter 50% sollten demnach überhaupt keiner Statusverbesserung unterliegen;

¹⁰ vgl. dazu H. Rönnefahrt, Teil 1, aaO: S. 307 ff.

¹¹ vgl. E. Nittner, aaO

¹² vgl. H. Rönnefahrt, Teil I, aaO: S. 407 ff.

4. dabei war wohl noch ungeklärt, welches statistische Material, also welche der durchgeführten Volkszählungen zugrunde gelegt werden sollte.

Im August 1938 fand eine große Flugschau der deutschen Luftwaffe statt, zu der Hermann Göring (deren Oberbefehlshaber) auch General Vuillemin, Chef des Generalstabes der französischen Luftwaffe, eingeladen hatte. Dieser soll von den Vorführungen sehr beeindruckt gewesen sein und danach seiner Regierung in Paris darüber ausführlich berichtet haben¹³. Vermutlich haben diese Berichte Wochen später wesentlich dazu beigetragen, dass in der französischen Regierung die Sorge bestand, die Maginotlinie könnte im Falle eines militärischen Konflikts mit Deutschland von deutschen Flugzeugen überflogen und Paris massiv bombardiert werden. Diese Sorge erwies sich zwar als unbegründet, hatte jedoch - Wochen später, als es um wichtige Entscheidungen in der Sudetenkrise ging - bedeutsame Auswirkungen. Und der französische Ministerpräsident, Daladier, gleichzeitig (und auch vorher in anderen Kabinetten) Verteidigungsminister seines Landes, dachte sicherlich stark in militärischen Kategorien.

Mitte September reiste der britische Premier nach Deutschland, um mit Hitler die Lage persönlich zu besprechen. Chamberlain war sich darüber klar geworden, dass nur eine baldige Gebietsabtretung seitens der CSR die Lage entspannen könne. Danach fand sogleich in London eine britisch-französische Minister-Konferenz statt, bei der es nun sein Anliegen war, den französischen Ministerpräsidenten dazu zu bewegen, seinem Plan zuzustimmen. Die britischen und französischen Aktenpublikationen belegen, dass es dabei auch zu recht harten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungschefs gekommen ist. Letzten Endes setzte sich aber der britische Premier durch. Sein durchschlagendes Argument scheint gewesen zu sein, dass sein Land nur zwei Heeresdivisionen zur militärischen Unterstützung Frankreichs zur Verfügung stellen könne, falls dieses, in Erfüllung seiner Bündnispflicht gegenüber der CSR, in einen militärischen Konflikt mit dem Deutschen Reich geraten sollte.

Ergebnis dieser Beratungen vom 18. und 19. September 1938 waren schließlich die gleichlautenden diplomatischen Noten der beiden Mächte an Prag, worin eine Gebietsabtretung an das Deutsche Reich gefordert wurde¹⁴. Die Tatsache, dass Frankreich sich nun dem Plan Chamberlains derart anschloss, stellte bereits eine starke Entwertung des französisch-tschechoslowakischen Vertrages von 1924 dar. Man hatte sich nun gewisse Schwachstellen im Text zunutze gemacht. Bereits am 22. September reiste Chamberlain erneut nach Deutschland (dieses Mal nach Godesberg), wo es indessen zu einem herben Rückschlag bei der von Chamberlain konsequent angestrebten Lösung der Sudetenfrage kam¹⁵.

¹³ vgl. André François-Poncet, „Als Botschafter im Dritten Reich. Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938“, Mainz/Berlin 1980: S. 376 und H. Rönnefarth, Teil I, aaO: S. 446

¹⁴ vgl. H. Rönnefahrt, Teil I, aaO: S. 523

¹⁵ ebd.: S. 581

Zu dem rüden Verhalten Hitlers bei diesem zweiten Treffen mit dem britischen Premier ist ein bedeutsamer, aber allgemein unbekannt gebliebener Sachverhalt zu erwähnen: der deutsche Diktator hatte infolge abgehörter Telefongespräche, die z.B. zwischen Präsident Beneš in Prag und dem Gesandten Jan Masaryk in London geführt wurden, davon erfahren, dass nach dessen Ansicht ein baldiger Wechsel im Amt des Premiers in London zu erwarten sei¹⁶. Der deutsche Diktator drückte deshalb auf eine unverzügliche Umsetzung der Gebietsabtretungen seitens der CSR, weil er nun befürchtete, dass sein bisheriger britischer Verhandlungspartner alsbald nicht mehr im Amt sein könnte und dessen Nachfolger sich nicht an bereits getroffenen Abmachungen halten würden, wengleich Hitler dabei einer gewissen Fehleinschätzung der tatsächlichen politischen Lage in London unterlag.

Diese verschärfte sich nun weiter¹⁷. Es stellte nämlich ein Ultimatum Hitlers an Prag dar, weil es verbunden war mit einer recht kurzfristigen Terminsetzung für die geforderte Antwort - nämlich den 28. September 14 Uhr. Da Prag die Forderungen Berlins ablehnte, begann nun die gefährlichste Phase der Sudetenkrise.

Nachdem die britische Regierung ihren Prag am Tage zuvor erteilten Rat, nicht zu mobilisieren, zurückgenommen hatte, wurde dort nämlich am Abend jenes Tages die Generalmobilmachung für die CSR verkündet. Daraufhin strömten die Reservisten zu ihren Mob.-Verbänden. Die Armeekorps wuchsen dadurch (nur etwa zwei bis drei Tagen danach) personell zu Armeen auf, und es trat die folgende militärische Lage ein: den etwa 26 deutschen Divisionen¹⁸, die hufeisenförmig rings um die westliche CSR (also von Oberschlesien bis in den Raum Wien) in die Bereitstellungsräume marschiert waren¹⁹, standen nunmehr etwa 40 Divisionen der CSR-Armee abwehrbereit gegenüber, und zwar in vorbereiteten Stellungen. Sie verfügten, wohlgemerkt, über eine hervorragende Ausrüstung; das betraf gerade auch die Ausstattung mit Kampfpanzern, die hinsichtlich Panzerung und Bewaffnung auch den leistungsfähigsten des deutschen Heeres überlegen waren²⁰.

¹⁶ Günther W. Gellermann, „und lauschten für Hitler - Geheime Reichssache. Die Abhörzentralen des Dritten Reiches“, Bonn 1991: S. 213 ff.

¹⁷ vgl. H. Rönnfahrt, aaO: S. 587 ff.; in dem Abschnitt „Zweite Unterredung am 23. September 1938“ geht es insbesondere um das sog. „Godesberger Memorandum“, vgl. dazu die Karte Nr. 1 im Anhang, Teil II

¹⁸ vgl. Klaus Michaelis, „1938 - Krieg gegen die Tschechoslowakei - der Fall ‚Grün‘“, München 2004

¹⁹ Zusätzlich kamen, wegen des ebenfalls eskalierten Streits um das Teschener Schlesien, als militärische Gegner der CSR-Armee, im dortigen Raum noch einige polnische Verbände.

²⁰ vgl. Werner Oswald, „Kraftfahrzeuge und Panzer der Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr“, Stuttgart 1973: insbesondere S. 242 hinsichtlich der Angaben zu den tschechischen Panzern 35 (t) und 38 (t); vgl. ferner General Eduard Wagner, „Der Generalquartiermeister - Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner“, Wagner, Elisabeth Hrsg., München,

Von einer militärischen Überlegenheit der Truppen des deutschen Heeres gegenüber der CSR-Armee nach der vollzogenen Generalmobilmachung konnte demnach überhaupt keine Rede sein, weil nämlich etwa die Hälfte der vorhandenen Verbände des deutschen Heeres (die deutsche Seite hatte noch nicht mobilisiert!) am sog. „Westwall“ gegenüber Frankreich eingesetzt oder als operative Reserve weiter in ihren Standorten verblieben war; die sehr lange Grenze des Reiches gegenüber Polen war allerdings von deutschen Truppen nahezu entblößt²¹.

Es ist nicht klar, inwieweit Adolf Hitler, der es im Ersten Weltkrieg in über vier Jahren Dienstzeit als Kriegsfreiwilliger in einem bayerischen Infanterie-Regiment nur bis zum Gefreiten gebracht hatte, nun aber Oberkommandierender der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches war, erkannt hatte, dass sich die militärischen Macht-Verhältnisse gegenüber der CSR-Armee seit deren vollendeter Generalmobilmachung deutlich zu deren Gunsten verschoben hatten: die vom Generalstab des Heeres in den Wochen zuvor gegen die CSR eingeteilten deutschen Truppen waren nämlich gegen die (noch) nicht-mobilisierte CSR-Armee vorgesehen gewesen, und zwar mit dem Plan, einen Überraschungscoup zu landen, was mittlerweile völlig illusorisch geworden war.

Wien 1963. Gerade dieses Buch belegt dessen riesige Begeisterung nach Sichtung der im März 1939 im Gebiet des Protektorats in deutsche Hände gefallenen Beute an Rüstungsgütern aller Art, nämlich an Waffen, Munition und sonstiger militärischer Ausrüstung. General Syrový, der nach dem Rücktritt von Edvard Beneš am 5. Oktober voll verantwortlicher Regierungschef und ab Dezember 1938 weiterhin Verteidigungsminister gewesen war, wurde nach 1948 in seinem Lande der Prozess gemacht; der Hauptvorwurf gegen ihn soll gelautet haben, dass er damals stärker dafür hätte sorgen müssen, die vorhandenen Bestände an Rüstungsgütern der Armee rechtzeitig ins Ausland zu verbringen. Allerdings standen damals sämtliche Verkehrswege dorthin, mit Ausnahme der nach Polen und Rumänien, unter der Kontrolle der beiden gegenüber der CSR feindlich gesinnten Anrainerstaaten Deutsches Reich und Ungarn; im letzteren Fall war auch von Bedeutung, dass die wichtige Bahnstrecke nach Rumänien bereits seit dem 11. Oktober, nämlich ab dem Grenzbahnhof Slov. Nové Mesto, unter der Kontrolle Ungarns stand. Hinweise zu der schlechten Behandlung des Ex-Generals Syrový nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1948 finden sich bei Horst Naudé, „Erlebnisse und Erkenntnisse“, Teil II, München 1976: S. 51

²¹ zum Umfang der damaligen deutschen Truppen vgl. Major (Hasso) von Wedel, „Das großdeutsche Heer“, in: ders.: „Jahrbuch des deutschen Heeres“, Leipzig 1939: S. 156 ff; dieses bestand damals aus insgesamt 51 Divisionen verschiedener Art und einer Kavallerie-Brigade. Eine Angabe in diesem Beitrag irritiert indessen, denn unter dem Titel „Die Befehlshaber der Heeresgruppen beim Einmarsch ins Sudetenland“ werden fünf hohe Generäle (darunter drei Generaloberste) auf Fotos gezeigt, eigentlich die Oberbefehlshaber (OB) der fünf vorhandenen „Heeresgruppenkommandos“, die im Fall der Generalmobilmachung in Armeeoberkommandos (AOK's) umbenannt würden und als solche fungieren sollten. Alle fünf waren indessen damals den gegen die CSR eingesetzten Teilen des Heeres vorgesetzt, und zwar wohl deshalb, weil man eigentlich nur dort ihre operativen Fähigkeiten zu brauchen glaubte.

Vor dem Hintergrund der weitgehend grundlosen Furcht Frankreichs vor einer deutschen Luftüberlegenheit im Falle eines kriegerischen Konflikts²² unternahm am Tage nach Hitlers aggressiver Rede im Berliner Sportpalast der französische Botschafter am Vormittag des 28. September auf Weisung seiner Regierung eine bedeutsame *Démarche* in der Reichskanzlei. Mit Zugeständnissen Frankreichs sollte im allerletzten Moment der erneute Ausbruch eines Krieges in Europa (unter Beteiligung europäischer Großmächte) abgewendet werden. Er bot dem „Führer“ die Abtretung sudetendeutscher Gebiete in Böhmen an und zeigte, anhand einer vorbereiteten Karte, drei Zonen, die sehr kurzfristig besetzt werden könnten²³. Hitler soll durchaus beeindruckt gewesen sein. In diese wichtige Besprechung platzte dann der Auftritt eines anderen Diplomaten: nur wenige Stunden vor Ablauf der von Hitler der Prager Regierung gesetzten Frist zur Annahme seines „Memorandums“, übernahm (auch auf Initiative des britischen Premiers Chamberlain) nun zusätzlich ein weiterer Akteur, und zwar sehr wirksam, eine Rolle in dem Geschehen, nämlich der Duce in Rom. Er hatte (u.a.) in seiner Rede von Triest vor gefährlichen „Weiterungen“ gewarnt, die akut drohten, und dabei sicherlich an die sog. „Juli-Krise“ von 1914 (und vielleicht auch an den Prager Fenstersturz von 1618?) gedacht, die jeweils sehr schwerwiegende Entwicklungen in Europa auslösten hatten, nämlich den Ersten Weltkrieg (bzw. den 30jährigen Krieg).

Per *Démarchen* seines Botschafters in Berlin erreichte er zunächst die Verschiebung der von Hitler gesetzten Frist (für die Annahme seines „Memorandums“) um 24 Stunden und kurz danach sein Einverständnis zur Einberufung eines Viermächte-Treffens (eigentlich nach dem Format des im Jahre 1933 zwar bereits beschlossenen, aber dann nicht ratifizierten Viermächte-Paktes²⁴), und zwar bereits für den nächsten Tag. Hitler dürfte bei seiner Entscheidung, dem Vorschlag Benito Mussolinis sogleich zuzustimmen, durch drei Gesichtspunkte beeinflusst worden sein:

1. die Erkenntnis, dass der Plan eines militärischen Überraschungscoups völlig unrealistisch geworden war;
2. den Eindruck der Ausführungen des Botschafters François-Poncet;
3. die Versicherung Mussolinis, bei der Konferenz fest an seiner Seite zu stehen.

²² vgl. Williamson Murray, „Der Luftkrieg von 1914 bis 1945“, Berlin 2000 (dt. Titel der englischen Originalausgabe „War in the Air 1914-45“, London 1999); der Historiker urteilt wie folgt: „Eigenartigerweise gelang der Luftwaffe ihr größter Erfolg jedoch dadurch, dass sie der britischen und ganz besonders der französischen militärischen und politischen Führung einen bevorstehenden Bombenhagel einredete. Im Grunde war die Opferung der Tschechoslowakei in München weitestgehend das Ergebnis unberechtigter Ängste vor einer deutschen Luftüberlegenheit.“

²³ vgl. André François-Poncet, aaO: S. 377; Paul Schmidt, „Statist auf diplomatischer Bühne“, Bonn 1950: S. 418 f.

²⁴ vgl. das Kapitel „Der Viermächtepakt 1933“, in: Reiner Franke, aaO: S. 199 ff.

Das Treffen sollte in München stattfinden, weil Mussolini nur mit der Bahn reiste und sie im Altreich die nächstgelegene deutsche Stadt auf seiner Reise von Rom war. Die dazu eingeladenen Regierungschefs in Paris und London sagten ihre Teilnahme sofort zu.

An dieser Stelle sei auf die Herkunft des Textentwurfs für das ins Auge gefasste Abkommen hingewiesen, nämlich auf die „Erinnerungen“ des AA-Staatssekretärs von Weizsäcker: „... Die Konferenz war auf den nächsten Tag in München anberaumt. Aber noch war nicht alles gewonnen, Neurath, Göring und ich selbst redigierten einen Text, der als Diskussions-Grundlage der Münchner Konferenz vorgeschlagen werden konnte. Er gefiel Hitler, als Göring ihn ihm zeigte ... Den ursprünglichen Text hatte ich indessen unter der Hand an den Botschafter Attolico ausgehändigt, der ihn drahtlos an Mussolini weitergab.“²⁵

Aus den Memoiren des AA-Chefdolmetschers Paul Schmidt²⁶ erfahren wir, dass er diesen Text am Vortage von AA-Staatssekretär von Weizsäcker erhalten hatte, mit dem Auftrag, ihn von der deutschen in die französische Sprache zu übersetzen; danach wurde das Papier der italienischen Botschaft übergeben; der „zweite Mann im Dritten Reich“, nämlich Hermann Göring, soll eingeweiht gewesen sein²⁷. Mussolini hat den mittlerweile in die italienische Sprache übersetzten Text wahrscheinlich erst bei der Bahnreise ab Kufstein, wo Hitler mit einigen deutschen Begleitern und dem italienischen Botschafter zugestiegen war, von diesem in die Hand gedrückt bekommen. Es handelte sich aber zweifellos um einen deutschen Vorschlag, der den Teilnehmern aus London und Paris dann von Mussolini in München als sein eigener, somit von neutraler Seite stammender präsentiert wurde. Man darf dabei nicht übersehen, dass Frankreich ebenfalls mobilisiert und Großbritannien seine Flotte in den Alarmzustand versetzt hatte. Europa stand damals durchaus vor der Gefahr, eine Entwicklung wie im Sommer 1914 zu erleben²⁸.

An dieser Stelle muss allerdings noch berücksichtigt werden, was jene Offiziere der Militäropposition des deutschen Heeres, die damals eine Revolte gegen Hitler planten, vorhatten. Zu dieser Thematik sei hier nur in Kürze das Wichtigste geschildert: es gab einen Plan zur Festnahme Hitlers, um ihn vom weiteren Geschehen auszuschalten; ob dieses Vorhaben gelungen wäre, ist nicht zu überschauen; es hätte indessen die gesamte Entwicklung danach vollkommen verändert²⁹. Das Bizarre an der dadurch entstandenen Lage war nun, dass gerade eine

²⁵ Ernst von Weizsäcker, „Erinnerungen“, von Weizsäcker, Richard Hrsg., München/Leipzig/Freiburg 1950: S. 188

²⁶ Paul Schmidt, aaO: S. 423

²⁷ Alfred Kube, „Pour le mérite und Hakenkreuz: Hermann Göring im Dritten Reich“, München 1986: S. 275 f.

²⁸ H. Rönnefahrt, aaO, spricht von der „Passionswoche des harrenden Europa“; vgl. auch Paul Rassiner, „Die Jahrhundert-Provokation“, Tübingen 1990: S. 190 f.

²⁹ vgl. Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein, „Der Verschwörer (General Oster und die Militäropposition)“, München 1984: S. 81 ff. Es ist dabei auch zu bedenken, dass jeweils eine Abteilung (die SS-Bezeichnung lautete „Sturmbann“) der „SS-Leibstandarte

Verständigungslösung, wie sie schließlich durch das Eingreifen Benito Mussolinis in München geschaffen wurde, das Vorgehen der Frondeure im deutschen Heer vereitelte, weil dieses eben nur zur Verhinderung eines unmittelbar drohenden militärischen Konfliktes geplant war. Das nun bevorstehende „Viermächte-Treffen in München“ ließ daher die Aktion der deutschen Militäropposition plötzlich zu Makulatur werden.

Der nach stundenlanger Diskussionen (in verschiedenen Gesprächsrunden) endlich vereinbarte Text des Abkommens wurde dann gegen Mitternacht vom 29. auf den 30. September 1938 von den Vertretern der vier Mächte unterzeichnet, zwei „Zusatzerklärungen“ und ein „Zusatz“ offenbar erst nach Mitternacht. Von vielen Autoren wird bezüglich dieses Abkommens übersehen, dass die politische Lage mit dessen Unterzeichnung aber noch keineswegs geklärt war, denn der von „München“ hauptsächlich betroffene Staat, nämlich die CSR, musste sich schließlich ja erst noch dazu positionieren³⁰. Deren Präsident (und Oberbefehlshaber der Armee) bemühte sich, nachdem er am Morgen des 30. September den Text dieses Abkommens in Händen hatte, über mehrere Stunden hindurch, die Einstellung der UdSSR, also seines großen Verbündeten im Osten, zu erfahren. Erst nachdem er erkannt hatte, dass dieser zu keiner Willensäußerung bereit war, fasste er den sicherlich schweren Entschluss, sich den harten Bestimmungen des Abkommens zu unterwerfen. Sein Außenminister gab gegenüber den Gesandten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens die Erklärung ab, dass die CSR bereit sei, die darin gestellten Forderungen zu erfüllen. Erst damit war dieses Abkommen völkerrechtlich wirksam geworden.

Diese drei Gesandten waren die Vertreter jener Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges, die 1919/20 Hauptakteure bei den Pariser Friedensverhandlungen und Unterzeichner der Verträge von St. Germain und Versailles (von 1919) gewesen waren; die darin getroffenen Grenzregelungen für die neu geschaffene CSR sollten nun nach knapp 20 Jahren revidiert werden. Die praktische Durchführung dieser Aufgabe wurde (in den Punkten 3 ff. des Abkommens) einem Gremium übertragen, das noch am selben Abend mit seiner Arbeit beginnen sollte, dem „Internationalen Ausschuss“. Als Vertreter seines Landes nahm Vojtěch Mastný, der CSR-Gesandte in Berlin, sogleich an dessen konstituierender Sitzung teil.

Dabei wurde die Einsetzung eines „Unterausschusses A“ beschlossen, der hauptsächlich aus Generalstabsoffizieren der CSR-Armee und der Wehrmacht (ferner den Militär-Attachés der drei weiteren „Münchner Mächten“) bestand und der die äußerst dringlichen militärischen Fragen, nämlich die (in Punkt 4 des Abkommens) vorgesehene etappenweise Räumung und Besetzung des Ab-

Adolf Hitler“ dauernd in Berlin zur Bewachung der Reichskanzlei eingesetzt war (das galt auch, wenn die Masse dieses Verbandes - wie damals geschehen - in den Reihen des Heeres an dem Aufmarsch gegen die CSR teilnahm)

³⁰ vgl. Igor Lukeš, „Czechoslovakia between Stalin and Hitler: The Diplomacy of Edvard Benes in the 1930's.“, New York/Oxford 1996

tretungsgebietes fachgerecht organisieren sollte. Diese Aufgabe, also die reibungslose Räumung und Besetzung der in der „Karte zu den Münchener Vereinbarungen“ vorgesehenen vier Zonen, die, wie darin vereinbart, bereits am 1. Oktober begann, ist dann auch hervorragend bewerkstelligt worden.

Ein Detail zur Konferenz von München sei noch angeführt: Während der Beratungen wurde Hitler vom französischen Ministerpräsidenten Daladier zu einem Vieraugengespräch gebeten; es ging ihm darum, der CSR, seinem Verbündeten, wenigstens einen „kleinen“ Gefallen zu tun: Es sollte die Reihenfolge der (in der dazugehörigen Karte des Abkommens) eingezeichneten vier Besetzungszonen, die im Gegenuhrzeigersinn nummeriert waren und derart zeitlich gestaffelt geräumt/besetzt werden sollten, geändert werden. Konkret sollten die Zonen I und IV miteinander getauscht werden, wodurch es der CSR-Armee ermöglicht würde, aus den im Gebiet von Nordmähren/Schlesien befindlichen Werken der Grenzbefestigung, Munition und Waffen abzutransportieren³¹. Die Erfüllung dieses „Freundesdienstes“ für die CSR gestand Hitler sogleich zu, und so kam es zu der etwas seltsam anmutenden neuen Nummerierung der vier Zonen (im Uhrzeigersinn) auf dieser Karte, nämlich 1-3-2-4. Die Besetzungen der betroffenen Werke erhielten dadurch genügend Zeit, das eingelagerte Material von dort abzutransportieren.

In einer „Zusätzlichen Erklärung“ wurden auch noch die Probleme der polnischen und ungarischen Minderheiten in der CSR angesprochen. Darin heißt es, „ ... sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird, (bildet es) den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte“. Das Problem mit der polnischen Minderheit wurde faktisch zeitgleich bilateral geregelt. Die Klärung mit der ungarischen Regierung scheiterte zwar, wurde jedoch dann durch den deutsch-italienischen (Wiener) Schiedsspruch vom 2. November entschieden. Damit wurde auch die Festlegung der Grenze zwischen Ungarn und der CSR (gemäß dem Frieden von Trianon) revidiert; die Räumung und Besetzung des betroffenen Gebiets wurde noch im November vollzogen.

Es sollte berücksichtigt werden, dass der britische Premier damals bei seiner Bewertung der Gesamtlage in Europa sicherlich auch das (erst im Jahre 1935 abgeschlossene) Bündnis der CSR mit der UdSSR immer im Blick hatte; ein durchaus drohendes Eingreifen der Roten Armee in Mitteleuropa sollte dabei unbedingt verhindert werden. Nach einer Direktive des Volkskommissars wurden im September 1938 Truppen (in Stärke von sechs Armeekorps) plus weitere Verbände) in die Nähe der Westgrenze der UdSSR verlegt (darunter mehrere Panzerkorps), die im Bereich an der Grenze zu Rumänien disloziert waren und Anweisungen erhalten hatten, sich für anstehende Einsätze vorzubereiten³². Es

³¹ Karte 2, vgl. H. Rönnefahrt, aaO

³² vgl. die Kriegserinnerungen des Marschalls der Sowjetunion und zeitweiligen Generalstabschefs der Roten Armee, A. M. Wassilewski, „Ein Lebenswerk“, Moskau 1973; er selbst war Kommandeur an der rumänischen Grenze

hatte damals zweifellos eine geheim gehaltene Vereinbarung gegeben, dass Verbände der Roten Armee im Konfliktfall durch einen Gebietsstreifen im Norden Rumäniens, der zwischen der CSR (nämlich der Karpatho-Ukraine) und der UdSSR lag, ihrem Bündnispartner CSR militärische Hilfe bringen durften. Ansonsten wäre jener im Jahre 1935 geschlossene Pakt zwischen Prag und Moskau ziemlich wertlos gewesen.

Es kam dann im Jahre 1938 nicht zum Einsatz von Verbänden der Roten Armee zugunsten der CSR, und zwar fraglos schon deshalb, weil in Moskau erkannt worden war, dass es, infolge der Chamberlain gelungenen Einbindung Frankreichs in seine Appeasement-Politik, eben nicht zu der in Moskau erhofften Zerfleischung europäischer Staaten gekommen war³³. Am Tage nach dem Viermächte-Treffen kam es, auf Wunsch Chamberlains, in München zu einem Vieraugengespräch mit Hitler, als dessen Ergebnis ein Papier von beiden unterzeichnet wurde. Wenige Stunden darauf entstieg der britische Premier in London hochofrenet dem Flugzeug und wedelte mit diesem Papier³⁴, wobei er dazu emphatisch ausrief: „This is peace for our time“.

Bereits Tage später kam es im britischen Unterhaus in einer Debatte über „München“ zu kontroversen Beiträgen der parlamentarischen Opposition und auch zu sehr kritischen Worten von Winston Churchill; dies zeigte bereits an, in welche Richtung die Entwicklung der Dinge alsbald verlaufen werde. Am 2. Oktober hatte Hitler eine „Vergatterung“ der deutschen Mitglieder des Internationalen Ausschusses vorgenommen: Zweck der Veranstaltung war, sie zu verpflichten, mit ihrer Arbeit in diesem Gremium das Ziel zu verfolgen, als Grenze der räumlich ja erst noch zu bestimmenden „Zone V“ die sog. „Godesberger Linie“ festzulegen.

Am 3. und 4. Oktober unternahm Hitler die erste seiner Besuchsreisen in das etappenweise von deutschen Truppen besetzte Sudetengebiet, und zwar mit dem sog. „Führerzug“, dessen Kommandant der damalige Oberst Erwin Rommel war. Die Einreise erfolgte bei der Stadt Asch; er besuchte kurz Franzensbad und dann die Stadt Eger, wo er die erste Rede im Sudetengebiet hielt, am nächsten Tag Karlsbad. Dieser Zug war eigentlich als Führerhauptquartier für den bevorstehenden Krieg konzipiert und bestand u.a. aus einem „Funkwagen“, der mit neuester Nachrichtentechnik ausgestattet war. Der Zug war nur auf Reichsgebiet stationiert, um für die Kommunikation das abhörsichere Leitungsnetz der Reichsbahn nutzen zu können; und er diente als Unterkunft. Der begleitende Stab war laufend mit Berlin und der Welt verbunden. Und so erfuhr Hitler noch am selben Tag vom Verlauf der Unterhausdebatte, die am 3. Oktober in London begonnen hatte.

³³ vgl. Richard C. Raack, „Wenn morgen der Krieg ausbricht - Stalins Szenarium für den 'zweiten imperialistischen Krieg'“, in: Chmelnizki, Dmitrij Hrsg., „Die Rote Walze“, Selent 2011: S. 42-63

³⁴ Motiv des Titeleinbands von John Charmley, „Chamberlain and the Lost Peace“, Chicago 1990

Bereits am Abend des 4. Oktober kehrte Hitler, abweichend von seinem Besuchs-Plan, nach Berlin zurück, um u.a. aus einem von AA-Staatssekretär Ernst von Weizsäcker verfassten Bericht Details über den Fortgang der Arbeit im Internationalen Ausschuss zu erfahren. Danach beauftragte er den Reichsaußenminister, noch am selben Abend eine Unterredung mit dem französischen Botschafter zu führen, der gemäß diesem Bericht Widerstand gegen die deutschen Bestrebungen, die „Godesberger Linie“ zu erreichen, geleistet hatte. Dieser hatte in den Sitzungen des Gremiums den Standpunkt vertreten, dass für dessen Arbeit allein der Text des Münchner Abkommens maßgeblich sei. Daher war es in den Sitzungen des Gremiums zu einem Streit über die Lösung der in Punkt 4, Absatz 3 des Abkommens vorgesehenen Aufgabe gekommen, „das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters“ festzustellen, das bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden sollte. Da Hitler, wie erwähnt, am 2. Oktober insbesondere dem Vorsitzenden des Gremiums, nämlich dem AA-Staatssekretär von Weizsäcker, den Auftrag erteilt hatte, unbedingt jene Linie, die in der „Karte zum Deutschen Memorandum“ eingezeichnet war, zu gewinnen³⁵, hatte sich der Streit zugespitzt.

Diese Frage wurde an jenem Abend vom Reichsaußenminister direkt angesprochen. François-Poncet erklärte schließlich, sich der deutschen Auffassung nicht weiterhin zu widersetzen³⁶. Nachdem dieser „Widerstandsposten“ geräumt war, wurde am nächsten Tag ein „besonderes Verfahren“ angewandt: zunächst wurde im Kollegium der Delegationsleiter der vier „Münchner Mächte“ („kleines Comité“) beschlossen, dass die Linie, die in der von deutscher Seite dazu vorgelegten Karte eingezeichnet war, die Grenze jenes Gebietes sei, das (nach der vorstehend genannten Vorschrift des Abkommens) bis zum 10. Oktober besetzt werden sollte. Erst nach diesem Beschluss wurde der CSR-Gesandte Mastný hinzugezogen, der allerdings erklärte, dass die ihm erteilten Weisungen es nicht erlaubten, dieser Lösung zuzustimmen; er müsse die Angelegenheit seiner Regierung zur Entscheidung vorlegen.

Es war gleichzeitig der Tag des Rücktritts von Präsident Beneš von seinem hohen Amt; er hatte zuvor noch eine Umbildung der Regierung vorgenommen, die er als letzte Amtshandlung vereidigte³⁷. Hermann Göring, der „zweite Mann im Dritten Reich“, hatte den Gesandten Mastný für den 2. Oktober zu einem Gespräch nach Karinhall (in seine Residenz in der Schorfheide) eingeladen, in dem vor allem die Frage des Rücktritts von Präsident Beneš Thema gewesen sein soll. Sein Rat an den Vertreter der CSR war, dieser Schritt würde das schwierige Verhältnis zwischen den beiden Ländern deutlich verbessern. Nach Angabe von dessen Privatsekretär, Taborský, soll dieser in den Tagen nach dem 30. September immer eine Rücktritts-Erklärung in seiner Brusttasche getragen haben.

³⁵ später als sog. „Godesberger Linie“ bekannt, s. „Karte 1“ im Anhang bei H. Rönnefahrt, aaO: Teil II

³⁶ André François-Poncet, aaO: S. 387

³⁷ Ladislav Feierabend, „Prag, London, vice versa“, Bd. 1, Bonn 1971: S 27

(Nach 1945 hat Beneš aber seine Legitimation als Präsident der Republik damit erklärt, dass sein am 5. September erfolgter Rücktritt durch deutsche Erpressung zustande gekommen und daher rechtlich unwirksam gewesen sei. Ende September verließ er, wohl auf Anraten der Prager Regierung, das Land und ging nach London ins Exil.)

Am späten Abend des 5. Oktober wurde noch eine Sondersitzung des Prager Kabinetts abgehalten. Dabei kam es, nach heftiger Diskussion, zu der knapp erreichten Entscheidung, die geschilderte Forderung des „Internationalen Ausschusses“ zu akzeptieren. Der Gesandte Mastný teilte dies am Tage darauf, in der nächsten Sitzung dieses Gremiums, mit. Die damit festgelegte Linie der Zone V wurde danach als „Berliner Linie“ bezeichnet³⁸. Der Grund, warum Hitler in diesem Punkt derartigen Druck ausgeübt hatte, lag sicherlich weiterhin an seiner Befürchtung, dass sein Verhandlungspartner aus London, Chamberlain, in Kürze sein Amt verlieren könnte und danach die bereits getroffenen Regelungen hinfällig sein könnten³⁹.

Die etappenweise Räumung und Besetzung des Großteils des somit abgegrenzten Abtretungsgebiets dauerte, wie vereinbart, bis zum 10. Oktober. Dazu wurden gar nicht mehr sämtliche deutschen Verbände, die am Aufmarsch teilgenommen hatten, gebraucht: ein Teil derselben wurde bereits abgezogen. Im Kuhländchen (im Nordosten Mährens) etwa gingen Teile der Aufklärungsabteilung jener Panzerdivision, die zu den in Schlesien aufmarschierten und dem Generalobersten von Rundstedt unterstellten Truppen gehörte, bis zur Demarkationslinie südlich des Ortes Hodslavice (s.u.) vor. Es wurden schnelle Radpanzer, die nur beschränkt geländegängig waren, eingesetzt; ein flächendeckender Einmarsch fand daher wohl gar nicht statt⁴⁰.

Der „Internationale Ausschuss“ verlor danach eigentlich seine Bedeutung, weil nunmehr die Regelung aller anstehenden Fragen auf direktem Wege zwischen den beiden „Hauptparteien“ gelang. So kam es, nur Tage später, zu einer direkten Einigung zwischen Berlin und Prag, etwa auf die (in Pkt. 5 des Abkommens) vorgesehene Volksabstimmung, die noch in gewissen Gebietsteilen abgehalten werden sollte, zu verzichten⁴¹. Es sei an dieser Stelle noch

³⁸ Arnulf Tobiasch, „Vor 55 Jahren - Die Festsetzung der 'Berliner Linie'“ 1938, in: LS Nr. 37 (1993): S. 1-12; Nach Hartmut Singbartl, „Die Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregelung von 1938 in völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Sicht“, München 1971: S. 58, Fußnote 19 brachte das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB) bereits in der Morgenausgabe des 6.10. eine Meldung, die mit den folgenden Worten begann: „... die Linie (schließt) ... folgende sudetendeutsche Gebiete ein: das sog. Kuhländchen mit Neutitschein, Troppau, Hultschin ...“

³⁹ André François-Poncet, aaO: S. 376

⁴⁰ vgl. Major (Hasso) von Wedel, aaO; auch ein dem Verfasser vorliegendes Foto, das zeigt auch die am 10. Oktober über den Stadtplatz von Neutitschein rollende Reihe solcher Fahrzeuge, die an einer dort errichteten Tribüne, besetzt mit Honoratioren, vorbei paradierte, s. dazu die Stichworte „Aufklärungsabteilungen“ und „Panzerspähwagen“, in: Georges-Schnaubert, „Wörterbuch der Kraftfahrt“, Leipzig 1938: Sp. 235 f.)

⁴¹ Hartmut Singbartl, aaO

darauf hingewiesen, dass die Botschafter der beiden Westmächte kurze Zeit später die Berliner Bühne verließen: der britische Botschafter Henderson hatte offenbar Ärger mit seinen Vorgesetzten im Foreign Office wegen seiner Zustimmung zur „Berliner Linie“ bekommen. Er meldete sich krank und zog sich für mehrere Wochen auf sein Landgut in seiner Heimat zurück. Der französische Botschafter François-Poncet, wechselte nach Rom⁴². Die „endgültige“ Festlegung der neuen Staatsgrenze erfolgte, in recht ruppiger Weise, von seiten des deutschen Delegationsleiters Botschafter Karl Rimtter dann im Laufe des November, wobei einige kleinere Korrekturen der „Berliner Linie“ (in beiden Richtungen) vorgenommen wurden. Damit kam u.a. Hodslavice, der Geburtsort von František Palacký, dem Vater der „tschechischen Nation“, zurück an die CSR.

Am 4. Dezember 1938 fand im Abtretungsgebiet die „Reichstags-Ergänzungswahl“ statt, an der alle wahlberechtigten (und anwesenden) Bewohner, nämlich die mit deutscher Staatsangehörigkeit, teilnehmen durften, auch wenn sie tschechische Volkszugehörige waren. Der eigentliche Zweck der Veranstaltung war, der (Welt-) Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass die von Hitler betriebene Anschlusspolitik die weitgehende Zustimmung der betroffenen Bevölkerung hatte⁴³. Formell wurden indessen Kandidaten, die ausschließlich aus der SdP stammten und die nun nach der (im November erfolgten) Überführung der SdP in die NSDAP dieser reichsdeutschen Partei angehörten, in den Reichstag gewählt; als Spitzenkandidat fungierte Konrad Henlein⁴⁴. Das Ergebnis der Wahl (bei einer Wahlbeteiligung von 98,62%), lautete: im Regierungsbezirk (RB) Eger 99,92%, im RB Aussig 99,72% und im RB Troppau 95,65%; die etwas niedrigere Zahl von Ja-Stimmen im letzteren hatte ihren Grund in der relativ großen Zahl an dort wohnhaften (und wahlberechtigten) Tschechen⁴⁵.

Die Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen

Ein weiteres „Kapitel“, das sachlich aber eng mit dem „Münchner Abkommen“, und zwar seiner Durchführung, zusammenhängt, war dann die Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen für die (Wohn-)Bevölkerung des Sudetengebietes, das im Herbst 1938 an das Deutsche Reich angeschlossen worden war. Es sei hier kurz auch auf diesen Komplex eingegangen, insbesondere, weil diese Regelungen nämlich später (wenn auch nach zeitweiligen Ungewissheiten) weiterhin Bestand hatten, und zwar bis auf den heutigen Tag! Vielen (immerhin ja direkt

⁴² Dort musste er allerdings eine große Enttäuschung erleben, vgl. André François-Poncet, aaO; 1948 kehrte er nach Deutschland zurück, zunächst als politischer Berater des französischen Militär-Gouverneurs, ab 1949 als Hochkommissar und später als Botschafter seines Landes in Bonn

⁴³ Die „Abstimmung“ sollte insofern als Plebiszit wirken; der Stimmzettel wird im Anhang dokumentiert

⁴⁴ vgl. Werner Röhr, „September 1938“, Berlin 2008, S. 192: „Als Stichtag für die Übernahme hatte Heß den 5. November bestimmt“

⁴⁵ Volker Zimmermann, „Die Sudetendeutschen im NS-Staat“, Essen 1999: S. 108 ff, insbesondere S. 113 ff.

betroffenen) Sudetendeutschen sind sie jedoch meist ganz unbekannt: Diese Fragen wurden in dem am 20. November 1938 in Berlin unterzeichneten „Vertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen“ geregelt; in dessen §1 die Abgrenzung derjenigen Personen festgelegt war, die vom Wechsel der Staatsangehörigkeit, nämlich durch Sammelein-(aus-)bürgerung, erfasst werden sollte. Die eigentliche Einbürgerung seitens des Deutschen Reiches geschah dann jedoch mit Artikel 2 des „Gesetzes über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich“ vom 21. November 1938. Gleichzeitig erfolgte die Ausbürgerung seitens der CSR durch eine Regierungsverordnung der Tschechoslowakischen Republik (CSR) vom 25. November 1938. Der Wechsel der Staatsangehörigkeit fand rückwirkend zum 10. Oktober 1938 statt.

Etwa die Hälfte der Vorschriften des Vertrags befassen sich mit Optionsfragen: allerdings wurden dann nur die sog. „Rückoptionen“ gemäß dem §3, die ausschließlich Tschechen betrafen, größtenteils durchgeführt⁴⁶. Ganz im Unterschied zu den territorialen Regelungen (von 1938 f.) wurden sie dann mit dem „Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik“ vom 2. August 1945 noch bestätigt und blieben daher also weiterhin in Kraft⁴⁷.

Dieses Dekret wird in der Literatur oft als „Ausbürgerungs-Dekret“ bezeichnet; tatsächlich wurde damit nur insofern eine „Ausbürgerung“ erzielt, weil die wiedererstandene CSR im Jahre 1945 eben nur die Wiederinbesitznahme des im Jahre 1938 an das Deutsche Reich abgetretenen Territoriums im Sinne hatte und auch erreichte, nicht aber die (Wieder-) Einbürgerung der gesamten Wohnbevölkerung desselben. Die im Jahre 1945 eingetretene Rechtslage (geschehen auf der Grundlage der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz), erlaubte es der Prager Regierung, und zwar im Einverständnis mit den drei (am Potsdamer Abkommen beteiligten) Siegermächten, die Sudetendeutschen nun als unerwünschte Ausländer aus ihrem Staatsgebiet zu entfernen. Sie wurden in der großen Mehrheit, zeitverzögert um einige Monate, dann im Laufe des Jahres 1946 in das Gebiet der Besatzungszonen dieser drei Mächte in Deutschland „transferiert“.

Abschließende Bemerkungen zu den historischen Begleitumständen

Die eigentliche Bedeutung des Münchner Abkommens ist indes sicherlich nicht den acht Punkten seines Textes zu entnehmen, ja, die Fokussierung auf seinen Text führt sogar auf eine falsche Spur! Sie liegt vielmehr in dem, vorstehend in groben Zügen geschilderten, internationalen Kontext begründet und wurde von den Haltungen der einzelnen Staaten begünstigt:

⁴⁶ Arnulf Tobiasch, „Die Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen“, in: LS Nr. 41: S. 25-38

⁴⁷ Theodor Schieder, „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, Bonn 1957, Band IV/I, Anlage 8 sowie Anlage 10: „Runderlaß des Ministeriums des Innern“ vom 24. August 1945

1. Frankreich hatte seit dem Ende der 1920iger Jahre damit begonnen, seine äußere Sicherheit durch den Bau eines gewaltigen Befestigungssystems an der Grenze zum Deutschen Reich zu gewährleisten, das als „Maginot-Linie“ bekannt wurde. Der technische Schöpfer dieser Anlage war der französische Verteidigungsminister Painlevé; sie wurde dann in den Jahren 1929 bis 1934, in der Amtszeit des Nachfolgers im Amt, Maginot, erbaut und deshalb nach ihm benannt⁴⁸. Das sog. „Maginot-Denken“ verbreitete sich in Frankreich in den 1930iger Jahren und bedeutete, dass man die Sicherheit des Staates im Kern hinter diesem, mit großem Aufwand erstellten Befestigungssystem gesichert sah. Das im Jahre 1923, also während der Ruhrbesetzung verhandelte und im Januar 1924 abgeschlossene Bündnis mit der CSR war damit fraglos schon weitgehend entwertet, denn die „transition of power“, also die Einwirkung politischer Stärke jenseits der Grenzen des Landes, stand nun für Paris offenkundig nicht mehr so im Vordergrund.

2. In Großbritannien hieß der Premierminister seit Frühjahr 1937 Neville Chamberlain, der sich anschickte, hinsichtlich des Deutschen Reiches eine Politik zu betreiben, die später als die des Appeasement bezeichnet wurde und maßgeblich von Lord Lothian konzipiert worden war⁴⁹. Spätestens mit dem Besuch von Lord Halifax im November 1937 wurde sie offenbar, wie aus dem Protokoll der Unterredung Halifax-Hitler vom 19. November 1937 hervorgeht.

3. Italien unter dem Regime von Benito Mussolini, das nach dessen Abessinien-Abenteuer von 1935/36 außenpolitisch isoliert war, entwickelte sich in der Folge zu einem Berlin freundlich gesinnten europäischen Staat, wie insbesondere der Deutschland-Besuch des Duce im Jahre 1937 offenbarte, der teils enthusiastische Formen gezeigt hatte. Ohne das damals eingetretene, sehr gute Verhältnis zwischen den beiden Diktatoren wäre es wohl nicht zu dem Viermächte-Treffen von München im September 1938 gekommen⁵⁰. Damit wurde, buchstäblich im letzten Moment, eine bereits ziemlich kritisch gewordene europäische Krise entschärft, die allerdings, wie sich dann Monate später herausstellen sollte, nur für einige Monate für politische Ruhe sorgte.

Der starke Mann von München war somit zweifellos Benito Mussolini gewesen, der in seinem Land, auf der Rückreise nach Rom, auf allen Bahnhöfen, die der Zug passierte, enthusiastisch als Friedensretter gefeiert wurde. Viel skeptischer soll der französische Ministerpräsident Daladier gewesen sein, der allerdings, zu seiner großen Überraschung, bei seiner Ankunft in Paris ebenso gefeiert wurde. Auch in London herrschte zunächst weitgehend Freude über das von Chamberlain Erreichte. „Remember Munich wurde schließlich zum Momento einer Appeasement-Politik ... Was die Deutschen als Vormachtstreben betrieben,

⁴⁸ Alain Hohnadel, Jean-Yves Mary, „Guide du tourisme militaire en Lorraine“, Paris 2000

⁴⁹ vgl. I. R. Butler, aaO

⁵⁰ vgl. den „Rückblick des italienischen Außenministers Graf Ciano“ (=Dokument Nr. 161), in: Ernst Nittner, aaO

hatte die britische Regierung als deren gutes Recht empfunden.“⁵¹ Allerdings zeigte sich dann alsbald, dass die (in dem „Zusatz“ zum Abkommen) vorgesehene Garantie der „Münchener Grenzen“ der CSR durch Großbritannien nicht zustande kam. Endgültig wurde die Vereinbarung von München aber von Hitler selbst, nämlich durch sein Vorgehen gegen die CSR im März 1939, gebrochen⁵².

Als wichtigste Erkenntnis bleibt festzuhalten: Es ging den vier Hauptakteuren von „München 1938“ (vielleicht mit Ausnahme von Premier Chamberlain) eben keineswegs um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen - und dies trifft insbesondere auf Benito Mussolini, den Duce aus Rom zu, dessen Regime bekanntlich die deutsche Minderheit im eigenen Land, nämlich die Südtiroler, seit vielen Jahren, gelinde gesagt, maltrahiert hatte. Es ging ihnen eigentlich um die geschilderten internationalen Aspekte der damals eingetretenen Lage, also um die Beilegung einer bereits gefährlich entwickelten politischen Krise in Europa. Die historische Beurteilung des Münchener Abkommens hat sich später mehrmals stark geändert. Es wurde zunächst von den meisten bejubelt. Alle, die irgendwie an dessen Zustandekommen mitgewirkt hatten, rühmten sich in dieser Phase ihrer Rolle; Millionen Menschen in verschiedenen Ländern Europas freute es zutiefst, dass der schon bedroht gesehene Frieden gewahrt geblieben war. Im britischen Unterhaus kam gehörige Kritik jedoch bereits in der Woche nach dem Viermächte-Treffen auf. Allgemein schlug die Stimmung aber erst um, nachdem Hitler, in mehreren Schritten, insbesondere am 15. März 1939 durch seinen Einmarsch in Prag und die Proklamation des „Protektorats Böhmen und Mähren“ diese 1918/19 geschaffene Republik zerschlagen hatte. Endgültig kam es dann in der Nachkriegszeit zur Verurteilung dieses Abkommens, das als Kapitulation der „Männer von München“ vor dem skrupellosen Diktator Hitler betrachtet wurde.

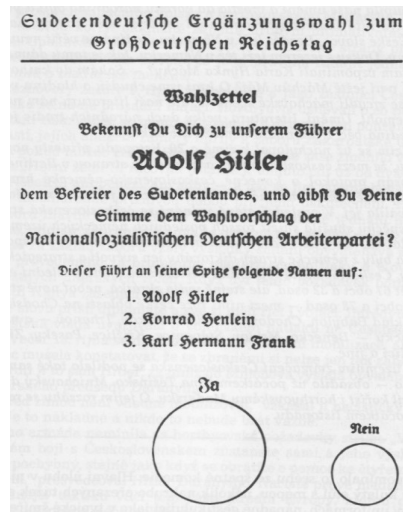
Es ist die historische Tragik der sudetendeutschen Volksgruppe, dass ihre Geschichte in den Jahren dieser Republik mit der Expansionspolitik Hitlers in den Jahren ab 1938 eng verquickt war: ohne „München 1938“ hätte es wohl im März 1939 nicht den „Einmarsch in Prag“ gegeben, und ohne diese Zerschlagung der CSR, nur wenige Monate später, womöglich nicht den schnellen militärischen Sieg über Polen. Dabei war es (innenpolitisch betrachtet) in hohem Grade die gegebene geografische Lage der Siedlungsgebiete dieser Volksgruppe. Diese hatte zu jener Entwicklung geführt, die dann allgemein verurteilt wurde⁵³.

⁵¹ Andreas Rödder, „Wer hat Angst vor Deutschland“, Frankfurt a. M. 2018: S. 192

⁵² zur Kriegsschuldfrage im Zusammenhang mit dem Münchener Abkommen vgl. „Les Origines Secrètes de la Guerre 1939-1945“, d'Argile, René et al. Hrsg., Paris 1957, dt. „Wer verhinderte ein zweites München - Französische Historiker zur Kriegsschuldfrage“, d'Argile, René et al. Hrsg., Tübingen 2011

⁵³ Zu diesem Aspekt der Thematik gedenkt Verf. alsbald eine weitere Darstellung vorzulegen. Es geht dabei im Kern um das Sicherheitskonzept der CSR und den bereits im Jahre 1933 in Prag beschlossenen Bau des Befestigungsgürtels der CSR gegenüber dem Deutschen Reich, was zur Eskalation der politischen Verhältnisse in der CSR führte

Anhang (vgl. Fußnote 43)



- unbekannte Internet-Quelle unter dem Titel: „Volební fraška v Sudetech“ („Wahlfarce im Sudetenland“) -

Literaturhinweise

- Beneš, Edvard, Mnichovské dny, Praha 1968
Brandes, Detlef, Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938, München 2008
Charmley, John, Chamberlain and the Lost Peace, Chicago 1990
derselbe, Churchill, Das Ende einer Legende, Berlin 1997
Domarus, Max, Hitler - Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. I, Zweiter Halbband, Wiesbaden 1973
Hoßbach, Friedrich, Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938, Göttingen² 1965 (mit dem Text des (umstrittenen) Protokolls der Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937)
Miquel, Pierre, Le Piège de Munich, Paris 1998
Murswiek, Dietrich, Peaceful Change. Ein Völkerrechtsprinzip?, Köln 1998
Robbins, Keith, München 1938. Ursprünge und Verhängnis. Zur Krise der Politik des Gleichgewichts, Gütersloh 1969
Rödter, Andreas, Wer hat Angst vor Deutschland, Frankfurt a.M.²2018
Röhr, Werner, September 1938, Berlin 2008
Školský atlas československých dejín, Bratislava 1970
Schultze-Rhonhof, Gerd, Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939. Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg, München 2008
von Weizsäcker, Ernst, Erinnerungen, von Weizsäcker, Richard Hrsg., München Leipzig Freiburg 1950